

# Schwerpunkt Integration in Liechtenstein - Eine Studie

## Integrationsstudie zeigt Erfolge und Defizite auf

**Ergebnisse** Die Studie «Integration in Liechtenstein gibt Einblicke in die Realität von Zuwanderern in Liechtenstein und bildet eine Grundlage für eine neue Integrationsstrategie.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Ziel der am Montag veröffentlichten Studie war es, die Integration in Liechtenstein auch aus dem Blick der Zugewanderten zu beleuchten und so Ansatzpunkte für die Integrationspolitik zu schaffen. Um dies zu erreichen, wurden 15 Interviews mit Experten aus verschiedenen Lebensbereichen und 36 Gespräche mit Zuwanderern der ersten und zweiten Generation geführt und ausgewertet. «Die Studie zeigt im Ergebnis, dass in Liechtenstein bereits sehr viel gut klappt. Viele der geschilderten

«Unsere Nachbarländer und wir stehen vor ähnlichen Herausforderungen.»

MINISTERIUM FÜR GESELLSCHAFT

Handlungsempfehlungen betreffen auch unsere Nachbarländer und wir stehen vor ähnlichen Herausforderungen», so die Bewertung der Ergebnisse seitens des Ministeriums für Gesellschaft. Und tatsächlich zeigt die vom Ministerium gemeinsam mit dem Verein für Menschenrechte in Auftrag gegebene Studie Fortschritte, aber auch wichtige Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Integration auf.

**Erster Entwurf bis Ende 2020**

Laut Ministerium gilt es nun, im Rahmen der Erarbeitung einer Strategie

die aufgezeigten Defizite zu bewerten und mögliche Lösungswege darzustellen. Die Arbeitsgruppe «Integrationsstrategie Liechtenstein» arbeitet bereits am ersten Entwurf und werde diesen voraussichtlich im Herbst der Regierung zur Genehmigung vorlegen. Als zentrale Handlungsfelder hat die Arbeitsgruppe unter anderem die Bereiche Sensibilisierung der Öffentlichkeit, Sprache und Zugang zu Informationen, Willkommenskultur und Zusammenleben, Arbeitsmarkt, Bildung, politische Teilhabe und Religion identifiziert.

Die vollständige Studie «Integration in Liechtenstein» ist im Downloadbereich der Webseite des Ministeriums für Gesellschaft abrufbar.

### Qualifikation

#### Zugang zum Arbeitsmarkt

**VADUZ** In einem Land mit langer Gastarbeitertradition ist es wenig verwunderlich, das gerade am Arbeitsmarkt die Integration fortgeschritten ist. So sind Ausländer in Liechtenstein im Vergleich zu den Nachbarländern weniger stark von Arbeitslosigkeit betroffen. Eine Tatsache, die laut den Studienautoren von der Universität Neuchâtel und der Fachhochschule St. Gallen aber auch der restriktiven Zulassung geschuldet ist. Trotz der hohen Beschäftigungsquo-

ten sind die befragten Gruppen aus Drittstaaten und Südeuropa noch von Benachteiligungen betroffen: Da sie überproportional in den weniger begehrten Stellensegmenten tätig sind, zu niedrigen Löhnen und prekären Arbeitsbedingungen arbeiten, sind sie die Ersten, die Krisen und Unsicherheiten am Arbeitsmarkt zu spüren bekommen. Betroffen sind laut Studie auch gut ausgebildete Personen, deren Diplome und Ausbildungen nicht anerkannt werden und die so in Berufe ohne Qualifikation abgleiten, sowie Mütter, die den Berufseinstieg «verpasst» haben. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erweist sich gemäss Studie

noch als besondere Herausforderung für Migrierte, die kleinere familiäre und soziale Netze haben. Als Massnahmen schlagen die Studienautoren die verbesserte Anerkennung mitgebrachter Qualifikationen und Qualifikationsaufbau vor. Diese seien jedoch nur von Erfolg gekrönt, wenn sie durch den Abbau von Zugangsbarrieren, Anti-Diskriminierungs- und Vereinbarkeitsmassnahmen begleitet werden. Auch die Frage nach angemessenen Arbeitsbedingungen im unteren Stellensegment sei noch ungelöst. Weiters fehle es an Brückenangeboten, um vorläufig Aufgenommenen den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. (alb)

### Integration braucht Information

#### Integrationsfachstelle als entscheidende Grundlage

**VADUZ** Als unabdingbare Mindestvoraussetzung für eine nachhaltige Integrationspolitik wird in der Studie eine Fachstelle für (spezifische) Integration benannt, die mit den nötigen Personalressourcen und einem Budget ausgestattet wird und deren Kompetenzbereich rechtlich abgestützt ist. «Wo genau diese angesiedelt und ob sie primär strategisch oder auch operativ tätig ist, lässt sich von Fall zu Fall diskutieren», so die Studienautoren. Entscheidend ist, dass die betreffende Stelle staatlich abgestützt, aber unabhängig ist. Dies dient dazu, damit es in der Wahrnehmung der Bevölkerung nicht zu einer Verwechslung zwischen zulassungsrechtlichen und integrationspolitischen Anliegen kommt. Neben einer federführenden Position in der Integrationspolitik und der Funktion als Ansprechpartner für Gemeinden, Be-

hörden, Politik und Zivilgesellschaft könnte die Fachstelle eine weitere wichtige Position einnehmen.

#### Einheitliche Erstinformation

Für eine nachhaltige Integration entscheidend ist auch, dass die Zuwandernden Zugang zu allen nötigen Informationen für das Leben in Liechtenstein erhalten. Eine Erkenntnis, die sich durch die Integrationsstudie zieht: Frisch Eingewanderte haben viele Fragen, sei es im Bereich Arbeits- und Aufenthaltsrecht, Sozialversicherung, Krankenkasse oder auch allgemeinere Informationen für den Alltag hierzulande. Diese Funktion könnte - ähnlich der Schweiz - die Integrationsfachstelle übernehmen. Sie wäre dann für den Empfang und die einheitliche Erstinformation für Neuzuziehende verantwortlich. (alb)

### Wahlrecht

#### Wunsch nach politischer Teilhabe

**VADUZ** Gemeinsam haben die Zugewanderten auch, dass sie sich gerne aktiver ins politische Leben des Landes einbringen wollen. Anstatt dass man über sie redet, wollen sie lieber mitreden. Gerade ein kommunales Stimm- und Wahlrecht, wie es beispielsweise einige Gemeinden und Kantone in der Schweiz haben, ist ein häufig geäussertes Wunsch. «Ich fände es positiv, auf Gemeindeebene zu wählen. Wir können nicht mitbestimmen. Wir können nichts ma-

chen», spiegelt ein Zitat die typische Haltung der Migrierten wider. Die Ausweitung der politischen Rechte durch einen erleichterten Zugang zu Staatsbürgerschaft und die Ermöglichung doppelter Staatsbürgerschaften sowie die Einführung eines Stimm- und Wahlrechts auf Gemeindeebene werden von allen Studienteilnehmenden - Fachleute und Zugewanderten - befürwortet. Sie erachten diesen Schritt als integrationsfördernd, da das Fehlen dieser Möglichkeiten dafür Sorge, dass ein ganzes Segment der Bevölkerung nicht über Belange mitentscheiden kann, die sie betreffen, unterstreichen die Studienautoren. (alb)

## Noch keine Chancengleichheit im Bildungssektor erreicht

**Sprache** Eltern sowie befragte Experten schätzen das Schulsystem in Liechtenstein. Gleichzeitig zeigte sich in der Befragung jedoch auch, dass der Weg zur Gleichstellung von Kindern mit Migrationshintergrund noch nicht zu Ende gegangen ist.

VON SEBASTIAN ALBRICH

Auch wenn sich die Situation verbessert, sind Kinder mit Migrationshintergrund an Schulen mit höherem Anforderungsniveau unter- und an jenen mit niedrigerem Niveau übervertreten. Seitens der Fachleute wird dies laut Integrationsstudie oft mit der Herkunftsfamilie der Schüler - speziell mangelnden Deutschkenntnissen oder geringem Bewusstsein für die Bedeutung von Bildung - begründet. Diesen Problemen, die Experten bei Kinder und Eltern vermuten, wird in der Schule mit ausgleichenden Massnahmen wie «Deutsch als Zweitsprache (DaZ)» begegnet. Wie die Befragung der Migranten und auch Fachleuten jedoch zeigt, verstellt dieser defizitorientierte Blick auf die Kinder auch das grössere Bild. Man fokussiere sich zu sehr auf die noch nicht voll ausgebildeten Deutschkenntnisse, anstatt auch die Mehrsprachigkeit der Kinder positiv zu berücksichtigen. «Sie sind schwach in Deutsch, auf die drei anderen Sprachen wird kein Wert gelegt. Doch das ist etwas Positives für die Schweiz und für Liechtenstein, in der heutigen Zeit kommst du ohne

verschiedene Sprachen nirgends hin», argumentierte ein Studienteilnehmer. Auch fehle das Verständnis, das zwei- oder mehrsprachige Kinder mehr Zeit bräuchten, um eine weitere Sprache wie Deutsch zu lernen. Gerade auch, da sich hierzulande die gelernte Sprache (Hochdeutsch) von der Umgangssprache (Dialekt) unterscheidet. Gepaart mit einer frühen Einteilung in unterschiedliche Schulniveaus, bildet Mehrsprachigkeit somit einen wesentlichen Nachteil für den Bildungsweg mehrsprachiger Kinder.

#### Das defizitäre Kind

Der defizitorientierte Blick beeinflusst laut Studie jedoch auch den Umgang der Lehrpersonen mit Schülern mit Migrationshintergrund und könne Distanz aufbauen. Zwar seien Lehrpersonen selten bekennd ausländischerfeindlich eingestellt, dennoch seien auch unter ihnen weitestgehend unbewusste Denkmuster und Bilder verbreitet, die sie systematisch und oft subtil anders reagieren lassen als auf einheimische Kinder, berichten befragte Zuwanderer. Dies könne eine Abwärts-

spirale auslösen: Kinder, die wegen ihrer sozialen und ethnischen Herkunft geringere anerkannte Ressourcen wie Deutschkenntnisse mitbringen, von ihren Eltern weniger unterstützt werden können und dadurch bereits benachteiligt seien, stossen teilweise auf diese Vorurteile von Lehrpersonen. Dadurch laufen sie laut Studie Gefahr, weniger gefördert zu werden, verlieren eher ihre Motivation und ihr Selbstvertrauen, erbringen schlechtere Leistungen und werden verhaltensauffällig. Die darauf folgenden Sanktionen würden diese negative Tendenz weiter verstärken.

#### Potenzial für Verbesserungen

Die Studie bietet jedoch auch Verbesserungsansätze. So plädieren die Experten beispielsweise dafür, die bestehende Frühförderung im Sprachbereich weiter auszubauen und die Angebote zu verlängern. Doch wo in der Frühförderung schon Angebote bestehen, mangle es im Bildungssystem aktuell an staatlichen Förderungen für spät eingereiste Jugendliche, die laut Fachleuten zu implementieren wären. Auch sei das Bildungsbewusstsein entgegen mancher Vorurteile in den Elternhäusern längst angekommen, doch würden sprachliche Barrieren und Ängste die Teilhabe der Eltern oft hemmen. Hier können die Organisation von Elternabenden mit Dolmetschern oder Brückenbauenden sowie aufsuchende Beratung durch Lehrpersonen Abhilfe schaffen, schlägt die Studie vor.

Sprachen lernen braucht Förderung und Zeit. (Symbolfoto: Shutterstock)

